

Niederschrift

Gremium:	Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr
Sitzung:	43. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung, zu TOP Ö 1 gemeinsame Sitzung mit dem Schul- und Sportausschuss; ab 19 Uhr Fortführung der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr (ST/2019/043)
Sitzungsdatum:	Montag, 02.12.2019
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr	Ende der Sitzung: 22:11 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dönnebrink, Andreas

CDU

Kreuziger, Petra
Reimering, Ansgar
Hackfort, Bernhard
Terhalle, Josef
Engler, Sven
Benölken, Franz
Rudde, Christian
Verweyen, Manfred
Vöcking, Stefan

Vertretung für Herrn Thomas Vortkamp

Vertretung für Herrn Karl Heinz Terbrack

Vertretung für Herrn Winfried Pomberg

SPD

Herickhoff, Hermann Josef
Haveresch, Reinhard

UWG

Beckers, Andreas
Kersting, Hubert
Niestegge, Ludwig
Ibing, Christoph

Vertretung für Herrn Thomas Terhaar

Bündnis 90/Die Grünen

Kyek, Robert

WGW

Haveloh, Hermann Josef

bis 20:20 Uhr

FDP

Horst, Reinhard

Schriftführerin

Leuker, Andrea

Verwaltung

Voß, Karola

Althoff, Hans-Georg

Hammwöhner, Thomas

Leuker, Werner

Benning, Reinhold

Bömer, Richard

Büter, Berthold

Fleige, Walter

Rose, Norbert

Sundermann, Bernd

Gäste

Herr Christian Tenhündfeld, Architekturbüro Tenhündfeld Architekten GmbH, Ahaus

Herr Bernd Bogenstahl, Architekturbüro Tenhündfeld Architekten GmbH, Ahaus

Frau Mattedi, Fa. K-Plan, Siegen

Frau Wiewelhove vom Büro Post + Welters, Dortmund

Frau Sinnigen vom Büro Lindschulte, Nordhorn

Herr Felix Büter, Stiftung St. Marien-Krankenhaus, Ahaus

es fehlen entschuldigt:

stellv. Vorsitzender

Vortkamp, Thomas

CDU

Pomberg, Winfried

Terbrack, Karl Heinz

Die beiden Ausschussvorsitzenden Herr Dönnebrink und Frau Wantia eröffnen die gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse und begrüßen die Mitglieder der beiden Ausschüsse, die Vertreter der Verwaltung, die Gäste, Frau von Wangenheim von der Münsterlandzeitung sowie die erschienenen Zuhörer.

Danach wird die Tagesordnung wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Vorstellung der Entwurfsplanung für die Mensa im Josef-Cardijn-Haus
- 2 Niederschrift über die 42. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr der Stadt Ahaus am 30.10.2019
- 3 Vorstellung der Bedarfsanalyse am Baubetriebshof und der Feuer- und Rettungswache
- 4 Realisierungswettbewerb Umgestaltung der Wallstraße;
Bericht über die Sitzung des Preisgerichts
- 5 Neuordnung des Bahnhofsumfeldes;
Beschluss über die Vorzugsvariante
- 6 Zuschuss zu einem Bewegungs- und Begegnungsgarten am St. Marien-Krankenhaus Ahaus
- 7 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 5 - Kiskamp -;
Planentwurfs- und Auslegungsbeschluss
- 8 Rückbau alte Turnhalle Alstätte
- 9 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

A. Öffentliche Sitzung

1 Vorstellung der Entwurfsplanung für die Mensa im Josef-Cardijn-Haus

V/2019/1284/1

Beigeordneter Werner Leuker informiert über die am 21.11.2019 stattgefundenene Besprechung der Ratsfraktionen des Schul- und Sportausschusses sowie des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr. Es sind die einzelnen Planungsschritte, Detailangaben zur Arbeitsgruppe, zum Entwurf und die Kosten detailliert erläutert worden.

Im Einzelnen hat die Arbeitsgruppe „Mensa Josef-Cardijn-Haus“ Besichtigungen von Schulmensen durchgeführt. Hierüber ist seinerzeit im Schul- und Sportausschuss berichtet worden. Auch die Unterstützung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Bereich Ernährung und Umwelt, Gruppe Lebensmittel und Ernährung, Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung NRW und eines Küchenfachplaners sind in die Planungen der Mensa eingeflossen. Die Schülerinnen und Schüler sowie die Elternvertreter des Alexander-Hegius-

Gymnasiums und der Anne-Frank-Realschule sind ebenfalls in den Planungsprozess einbezogen worden. Schließlich ist eine nachrangige multifunktionale Nutzung des Josef-Cardijn-Hauses bei der Planung ebenso mitberücksichtigt worden. Im Ergebnis ist daher nicht der günstigste Vorschlag entstanden, jedoch ein sehr durchdachter und wirtschaftlicher.

In mehreren Wortmeldungen wird die fraktionsübergreifende Einigkeit bestätigt, dass der Planungsentwurf gestalterisch gelungen ist und die pädagogischen Ziele einer Schulverpflegung erreicht werden. Wie in der Vorlage V/2019/1284/1 beschrieben ist, soll in einem 1. Bauabschnitt der Bedarf des Alexander-Hegius-Gymnasiums für die Schulverpflegung sichergestellt werden. Über einen 2. Bauabschnitt soll beraten werden, wenn abzusehen ist, dass auch die Anne-Frank-Realschule als Ganztagschule geführt würde und die Schüler ebenfalls verpflegt werden müssten.

Beigeordneter Werner Leuker bestätigt die Abstimmung mit der Kirchengemeinde. Die Schulleitung des Alexander-Hegius-Gymnasiums hat die zukünftige Nutzung des Schulhofes angeboten.

Beigeordneter Werner Leuker stellt sodann einen angepassten Beschlussvorschlag vor:

1. Der Rat der Stadt Ahaus stimmt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr / Schul- und Sportausschusses der Entwurfsplanung für die Mensa im Josef-Cardijn-Haus zu und beauftragt die Verwaltung auf dieser Grundlage, die Umsetzung des ersten Bauabschnittes (Bau eines neuen Mensa-Gebäudes) zu veranlassen und die entsprechenden Mittel im Haushalt 2020 einzuplanen.
2. Für den in einem zweiten Bauabschnitt geplanten Umbau des Josef-Cardijn-Hauses beauftragt der Rat die Verwaltung, vor einer Umsetzung den entsprechenden Bedarf in den zuständigen Fachausschüssen und im Rat darzustellen und rechtzeitig entsprechende Beschlüsse für eine bedarfsgerechte Umsetzung vorzubereiten.
3. Für die Planung der zusätzlichen Schulhoffläche an der neuen Mensa und ihre Anbindung an die vorhandene Schulhoffläche des Alexander-Hegius-Gymnasiums wird im Haushalt 2020 ein Ansatz in Höhe von 20.000 Euro gebildet. Die Verwaltung wird die Planungen und den Finanzbedarf im Rahmen der erforderlichen Umsetzungsbeschlüsse rechtzeitig im Schul- und Sportausschuss und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vorstellen und erläutern.

Bürgermeisterin Karola Voß gibt wegen der bemängelten Information an die politischen Gremien den Hinweis, dass die Verwaltung immer für einen Informationsaustausch zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis:

- 18 Ja-Stimmen
- 1 Enthaltungen

Um 19:09 Uhr endet die gemeinsame Beratung der beiden Ausschüsse. Nach einer Pause wird die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr um 19:20 Uhr fortgesetzt. Herr Dönnebrink begrüßt nun auch die zu den anderen Tagesordnungspunkten erschienenen Gäste.

2 Niederschrift über die 42. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr der Stadt Ahaus am 30.10.2019

Die Niederschrift über die 42. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr am 30.10.2019 wird einstimmig anerkannt.

3 Vorstellung der Bedarfsanalyse am Baubetriebshof und der Feuer- und Rettungswache V/2019/1285

Der Erste Beigeordnete, Herr Althoff, gibt eine kurze Einleitung zum Thema „Bedarfsanalyse am Baubetriebshof und der Feuer- und Rettungswache“ in Ahaus. Sodann stellt Frau Mattedi vom Büro kplan AG, Siegen, anhand einer Präsentation die Bedarfsanalyse für den Bauhof und die Feuer- und Rettungswache Ahaus vor. Der jetzige Bestand wird der Bedarfsanforderung gegenübergestellt.

Im Anschluss daran werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Herr Haveloh kritisiert, dass vor 5 Jahren bereits 1 Mio € an der Feuer- und Rettungswache investiert wurde. Hierauf entgegnet Herr Rose, dass diese Investition notwendig war, weil die Elektrotechnik erneuert werden musste.

Aus den Reihen der Ausschussmitglieder wird die Bestandanalyse begrüßt und festgestellt, dass Handlungsbedarf besteht. Auf die Frage, ob Flächen zur Erweiterung zur Verfügung stehen entgegnet Herr Althoff, dass sich die Fläche südlich der Tankstelle im Besitz der Stadt Ahaus befindet. Das vorgestellte Konzept bietet ggf. Erweiterungsmöglichkeiten, jedoch ist eine zukunftsorientierte Planung schwierig.

Anschließend an die jetzige Bedarfsanalyse sollen nun Machbarkeitsstudien erstellt werden. Nach Möglichkeit soll der Standort der Feuer- und Rettungswache erhalten bleiben, jedoch wird dieser nicht für die Machbarkeitsstudie vorgegeben werden, auch eine konkrete Zeitschiene soll der Machbarkeitsstudie vorbehalten sein. Die Machbarkeitsstudie sollte im Sommer 2020 vorliegen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr nimmt die Ausführungen zu der durchgeführten Bedarfsanalyse zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung im Rahmen von Machbarkeitsstudien die Bedarfsdeckung auf Grundlage der vorgestellten Bedarfsanalyse an dem bestehenden Standort prüfen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

4 Realisierungswettbewerb Umgestaltung der Wallstraße; Bericht über die Sitzung des Preisgerichts V/2019/1212/1

Herr Hammwöhner gibt eine kurze Einleitung zum Realisierungswettbewerb „Umgestaltung der Wallstraße“.

Frau Wiewelhove vom Büro Post + Welters, Dortmund, stellt anhand ihrer Präsentation die Ergebnisse des Wettbewerbs vor. Das Wettbewerbsgebiet wird nochmal gezeigt, in dem die jeweiligen Planer ihre langfristigen Visionen aufzeigen sollten. Insgesamt wurden 5 Arbeiten prämiert (2 x Anerkennung, 2 x 3. Preis, 1 x 1. Preis). Der 1. Preis wurde an Landschaftsarchitektur GmbH, Solingen, vergeben, weil die Arbeit dieses Büros gut platzierte Neubauten an den Stirnseiten des Wettbewerbsgebietes und eine neue Raumkante am Rathausplatz

vorsieht, ein Großteil der Bäume erhalten wird und die Schlossstraße durch die Planungen gestärkt wird. Des Weiteren sind noch genügend Stellplätze (103) in dem Bereich vorhanden.

Nach folgenden Kriterien wird nun weiter mit den Preisträgern verhandelt:

- 50 % Wettbewerbsergebnis
 - 10 % Honorarangebot
 - 10 % Baukosten
 - 10 % Arbeitsweise und Projektabwicklung für das Projekt
 - 10 % fachliche Qualifikation Projektleitung und Bauleitung
 - 10 % Präsentation und Gestaltung im Rahmen der Verhandlungsgespräche
- Über die Auftragsvergabe entscheidet abschließend der Rat der Stadt.

Weitergehende Planungen werden erst nach der Vergabe-Entscheidung begonnen.

Auf die Frage ob die Bauten an den Stirnseiten verbindlich sind entgegnet Herr Fleige, dass sie nicht zwingend sind, hierdurch jedoch eine Fassung des Rathausplatzes in südlicher Richtung erfolgen und in nördlicher Richtung eine Raumkante Richtung Kulturquadrat entstehen würde.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr:

Der Bericht über das Ergebnis der Preisgerichtssitzung zum Realisierungswettbewerb "Umgestaltung der Wallstraße" wird gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Würdigung der Empfehlungen des Preisgerichts, das Verhandlungsverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

- 16 Ja-Stimmen
- 2 Nein-Stimmen

5 Neuordnung des Bahnhofsumfeldes; Beschluss über die Vorzugsvariante V/2010/0215/3

Frau Sinnigen vom Büro Lindschulte erläutert anhand einer Präsentation nochmal die in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr am 19.09.2019 vorgestellte Vorzugsvariante für die Neuordnung des Bahnhofsumfeldes in Ahaus. Die Vorzugsvariante bietet eine Optimierung der Nutzungsverteilung, eine Steigerung der Verkehrssicherheit, eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und SPNV, die Aufenthalts- und Freiraumqualität wird gesteigert und eine städtebauliche Aufwertung und Imageverbesserung der Adresse „Bahnhof Ahaus“ wird erzielt. Leider ist nur ein eingeschränkter Erhalt der Bestandsbäume möglich, da sich zwischenzeitlich herausgestellt hat, dass der Baumbestand maroder ist als zunächst angenommen.

Die Planungen werden begrüßt. Jedoch wird erneut angemerkt, dass durch den Begegnungsverkehr der Busse ein Rückstau entstehen könnte und es wird gefragt, warum kein Einbahnstraßenverkehr möglich ist. Dieser ist nicht möglich, da 11 Busse untergebracht werden müssen und dieses bei einem Einbahnstraßenverkehr nicht möglich ist, da Busse nicht auf der linken Seite anhalten können aufgrund des sich immer rechts befindlichen Ausstiegs. Frau Sinnigen erklärt, dass durch die vorgesehenen Haltelinien kein Rückstau entstehen kann.

Auf die Frage, ob es aufgrund der Vielzahl der Planungen für 2020 möglich ist, die Planungen aufzuteilen, z. B. zuerst nur Errichtung von P + R und Fahrradabstellanlage, entgegnet Herr Fleige, dass dieses in der Umsetzung möglich ist, da ebenfalls auch noch ein unterirdisches Regenrückhaltebecken gebaut werden muss.

Auf den Vorschlag, die bestehende Trafo-Station zu verlegen und Parkplätze dort einzurichten entgegnet Herr Fleige, dass dies nicht möglich ist, da die Fläche, auf der sich die Trafo-Station befindet, sich nicht im Besitz der Stadt Ahaus befindet.

Des Weiteren wird kritisiert, dass die Anzahl der Parkplätze reduziert wird. Frau Sinnigen sagt eine Prüfung zu, ihres Erachtens wird die Anzahl der Parkplätze nicht reduziert.

Außerdem wird die Fahrradabstellanlage als zu klein erachtet. Hierauf wird entgegnet, dass 400 Fahrräder abgestellt werden können. Der Bedarf muss noch im Vorfeld weiterer Planungen geklärt werden. Ebenso werden wohl Anlagen zur E-Mobilität eingerichtet werden müssen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr beschließt:

Die Vorzugsvariante zur Neuordnung des Bahnhofsumfeldes wird gebilligt und zur weiteren Bearbeitung bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

6 Zuschuss zu einem Bewegungs- und Begegnungsgarten am St. Marien-Krankenhaus Ahaus

V/2019/1319

Anhand einer Präsentation werden die Planungen zu dem Bewegungs- und Begegnungsgarten am St. Marien-Krankenhaus Ahaus vorgestellt. Durch die Anbindung des Bewegungs- und Begegnungsgartens an das Grün- und Freiraumkonzept der Stadt kann dieser der gesamten Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, was auch dem Grundsatz des Grün- und Freiraumkonzeptes entspricht, Synergien und Planungen Dritter zur Entwicklung der Zielvorstellungen zu nutzen und zu unterstützen.

Herr Büter erläutert, dass im Jahr 2018 die Vorstellung der Idee erfolgte und LEADER-Fördermittel in Höhe von 250 T € beantragt worden sind. Zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung beantragt die Stiftung St. Marien-Krankenhaus einen städtischen Zuschuss in Höhe von 160 T €.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat nimmt die Planungen zur Errichtung eines Bewegungs- und Begegnungsgartens zur Kenntnis.

Für eine finanzielle Unterstützung sind die verkehrliche Anbindung sowie die Zugänglichkeit des Bewegungs- und Begegnungsgartens für die Öffentlichkeit dauerhaft zu sichern.

Zur Anbindung des Krankenhauses an den „Grünen Ring“ soll das Projekt durch den Ausbau einer Wegeverbindung zum Weg an der Aa-Umflut erweitert werden.

Auf dieser Grundlage beschließt der Rat die Unterstützung des Projektes als Maßnahme am „Grünen Ring“ mit einem städtischen Zuschuss in Höhe von 160.000 €. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im endgültigen Haushaltsplan für das Jahr 2020 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss bei 5 Enthaltungen

**7 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 5 - Kiskamp -;
Planentwurfs- und Auslegungsbeschluss V/2017/0732/3**

Zu Beginn der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt erklären sich die Herren Haveresch und Horst für befähigt und verlassen den Ratssaal.

Herr Fleige erläutert die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 5 – Kiskamp anhand einer Präsentation mit Nachverdichtungskonzept und Bebauungsplanentwurf.

Auf die Frage nach der Einhaltung der Abstandsflächen antwortet Herr Rörick, dass diese nicht eingehalten werden. Dieses ist dem Vorhabenträger jedoch bewusst und wird bauordnungsrechtlich betrachtet.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr:

Der Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 5 – Kiskamp – wird mit der Begründung in der vorliegenden Fassung gebilligt und zur öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

8 Rückbau alte Turnhalle Alstätte V/2019/1295

Herr Rose erläutert den Rückbau der Turnhalle anhand der Vorlage. Es ist geplant, die Turnhalle zurückzubauen, da sie als „Notaufnahmeeinrichtung“ für Flüchtlinge nicht mehr genutzt wird und eine Nutzung als „Veranstaltungsraum“² aufgrund des bautechnischen Zustandes nicht mehr erfolgen kann. Bedarfe der Vereine sind nicht mehr vorhanden, diese nutzen nun die bisherige Aula der früheren Annette-von-Droste-Hülshoff Hauptschule als Veranstaltungshalle. Nach dem Rückbau der alten Turnhalle soll mit den Planungen für eine Verbesserung der räumlichen Situation der OGS Katharinenschule begonnen werden.

Auf die Frage, warum die in der ehemaligen Hauptschule freigewordenen Räume an Vermieter vergeben wurden und daher nun ein Neubau für die OGS der Grundschule notwendig wird entgegnet Herr Rose, dass man die räumlichen Gegebenheiten betrachten muss. Vorhandene Räume waren für die OGS nicht nutzbar.

Auf die Frage nach den anfallenden Kosten erklärt Herr Rose, dass 60 T € für den Abbruch sowie 30 T € für den Beginn der Planungen für die OGS anfallen werden.

Die gewonnene Fläche durch den Rückbau der Turnhalle soll dem Schulhof zugeführt werden, dies soll direkt im Anschluss an den Abbruch geschehen.

Ein Entsorgungskonzept ist ebenfalls in Auftrag gegeben, es bestehen keine Anhaltspunkte für Belastungen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Rückbau der alten Turnhalle in Alstätte zu veranlassen und mit den Planungen für eine verbesserte räumliche Situation der OGS Katharinienschule zu beginnen und die dafür notwendigen Haushaltsmittel im Haushalt 2020 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

9 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

Fragen der Ausschussmitglieder:

Herr Niestegge erkundigt sich nach der Baulücke in der Bahnhofstraße. Die Verwaltung wird sich an den Eigentümer des Grundstücks wenden und sich nach den Planungen erkundigen, obwohl keine Gefahr von der brachliegenden Fläche ausgeht.

Herr Beckers fragt nach, warum die Tiefgarage Berken immer noch nicht geöffnet ist. Frau Voß entgegnet hierauf, dass mit dem Eigentümer hinsichtlich der Öffnung gesprochen wurde. Der Eigentümer hat mitgeteilt, dass von seiner Seite ebenfalls ein großes Interesse an der Öffnung der Tiefgarage besteht, jedoch momentan noch keine Nutzung möglich ist, da noch Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind.

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

gez. Andreas Dönnebrink
Vorsitzender

gez. Andrea Leuker
Schriftführerin